

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Karl Lamers und der Fraktion der CDU/CSU, der Abgeordneten Uta Zapf, Karsten D. Voigt (Frankfurt) und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Olaf Feldmann, Ulrich Irmer und der Fraktion der F.D.P.**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung  
– Drucksachen 13/10075, 13/10402, 13/10694 –**

### **Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 24. September 1996 über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die im Mai 1998 von Indien durchgeführten fünf Atomtests und die in Reaktion darauf vollzogenen fünf Nukleartests Pakistans bedeuten eine schwere Erschütterung für das internationale Regime zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen. Sowohl Indien als auch Pakistan haben mit diesen Tests eine weltweit akzeptierte Hemmschwelle überschritten. Darüber hinaus sind die Risiken nuklearer Proliferation erheblich gestiegen.

Die atomaren Kapazitäten Indiens und Pakistans geben keine Sicherheit, sondern tragen vielmehr zu einer Verschärfung der Spannungen bei und provozieren Instabilitäten sowie einen Rüstungswettlauf in der Region.

Der Deutsche Bundestag

1. mißbilligt ausdrücklich die durchgeführten Atomtests und drückt seine ernste Besorgnis über die Verschärfung der Spannung in der Region aus. Beide Länder sollten zu einer verantwortungsvollen Politik zurückfinden;
2. fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß sowohl Indien als auch Pakistan auf weitere Atomversuche verzichten und umgehend dem Atomteststoppabkommen beitreten;
3. fordert die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß weder Indien noch Pakistan Raketen oder andere Trägersysteme

me mit nuklearen Sprengköpfen ausrüsten. Darüber hinaus sollten Indien und Pakistan, ähnlich wie es Südafrika mit seinen Atomwaffen gemacht hat, auf ihre nukleare Option verzichten und dem Nichtverbreitungsvertrag beitreten;

4. unterstreicht seine Auffassung, daß die internationalen Bemühungen zu einer friedlichen Beilegung der Konflikte zwischen Indien und Pakistan dringend intensiviert werden müssen;
5. fordert die Vereinten Nationen zu Bemühungen auf, die Errichtung eines Sicherheitssystems in der Region zu unterstützen und dabei den Sicherheitsbedürfnissen der betroffenen Staaten Rechnung zu tragen, nicht zuletzt auch um der Gefahr eines Dominoeffektes bei der Proliferation zu begegnen;
6. appelliert an die Staatengemeinschaft, sich verstärkt für den Beitritt derjenigen Staaten zum Nichtverbreitungsvertrag einzusetzen, die ihn bislang noch nicht gezeichnet haben;
7. appelliert an die Atommächte, ihre Bemühungen zur Abrüstung der Atomwaffen entschieden fortzusetzen bzw. ernsthaftere Verhandlungen über die Abrüstung von Nuklearwaffen aufzunehmen;
8. begrüßt die schnelle Reaktion der Bundesregierung auf die indischen und pakistanischen Atomtests.

Bonn, den 28. Mai 1998

**Dr. Friedbert Pflüger**

**Karl Lamers**

**Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion**

**Uta Zapf**

**Karsten D. Voigt (Frankfurt)**

**Rudolf Scharping und Fraktion**

**Dr. Olaf Feldmann**

**Ulrich Irmer**

**Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion**